



Volksbegehren Rechte der Natur, c/o Hans Leo Bader
Heisenbergstraße 2b - 80937 München

Bezirksregierung Arnsberg

Abteilung Bergbau und Energie in NRW
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg



und in Kopie an

Kolpingstadt Kerpen – Der Bürgermeister
Fachbereich Umwelt / Untere Umweltschutzbehörde
Jahnplatz 1

50171 Kerpen

sowie an

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

z. Hd. Minister Oliver Krischer
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf

München, 30. Oktober 2025

**Betreff: Ergänzende Mitteilung zur Eingabe vom 17.10.2025 gemäß § 13 VwVfG NRW i.
V. m. Art. 20a GG –**

**Resonanzbezug „Garzweiler / Giftmüll-Skandal 2025“ (EU-Ergänzung nach Art. 191
Abs. 2 AEUV)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anschluss an unsere Eingabe vom 17.10.2025 gemäß § 13 VwVfG NRW in
Verbindung mit Art. 20a GG übermitteln wir Ihnen nachfolgend eine **Ergänzung zur
laufenden Resonanzphase II.**

Sie bezieht sich auf aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der
Wiederaufnahme der Verfüllung des Tagebaus Garzweiler (vgl. WAZ, 30. Oktober



2025) und dient der verfassungs- und europarechtlichen Präzisierung des Vorsorgeprinzips.

Resonanz NRW – Garzweiler / Giftmüll-Skandal 2025

Quelle: WAZ, 30. Oktober 2025 – „Giftmüll-Skandal in NRW: Gefahren weiter unklar“

Ort: Garzweiler / Arnsberg

Behörde: Bezirksregierung Arnsberg / Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW

Beobachtung:

Nach dem Bekanntwerden illegaler Giftmüll-Verklappungen im Tagebau Garzweiler genehmigte die Bezirksregierung Arnsberg trotz unvollständiger Gefahrenanalyse die Wiederaufnahme der Verfüllung.

Das Umweltministerium NRW verwies im Landtag auf laufende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dortmund und sah sich daher nicht in der Lage, nähere Angaben zu den betroffenen Flächen zu machen.

Zugleich wurde angekündigt, ein Grundwassermontoring einzurichten, um künftige Belastungen frühzeitig zu erkennen – obwohl eine entsprechende Überwachung bereits seit Jahren Teil der Auflagen sein müsste.

Bewertung:

Der Vorgang verdeutlicht eine systemische Schutzpflichtlücke zwischen **Ermittlungsgeheimnis** und **verfassungsrechtlicher Vorsorgepflicht**.

Die Verwaltung agiert unter ökologischer Unsicherheit, ohne die präventive Dimension von Art. 20a GG in ihre Entscheidungslogik zu integrieren.

Die Kernproblematik liegt nicht im „Zuwenig Handeln“, sondern im Fehlen einer institutionellen Trennung zwischen Antrags-, Genehmigungs- und Überwachungsfunktion.

Wo dieselbe Behörde zugleich entscheidet und sich selbst kontrolliert, entsteht ein struktureller Konflikt mit dem Prinzip der Gewaltenteilung und der objektiven Verfassungspflicht zur Vorsorge.



Im europäischen Kontext konkretisiert **Art. 191 Abs. 2 AEUV (ex-Art. 174 EGV)** diesen Verfassungsauftrag:

Die Umweltpolitik der Union beruht ausdrücklich auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Verursacherprinzip und auf der Pflicht, Umweltbeeinträchtigungen vorrangig an ihrem Ursprung zu bekämpfen.

Daraus folgt: **Selbst ein begründeter Verdacht auf Kontamination verpflichtet zu einer präventiven Untersuchung.**

Ein bloßes Monitoring – also die Beobachtung nach Eintritt möglicher Beeinträchtigungen – genügt nicht.

Denn Vorsorge ist kein nachträgliches Beobachten, sondern ein vorausschauendes Handeln.

„Der Fall zeigt, dass ökologische Risiken nicht nur erkannt, sondern in der rechtlichen Organisation verankert werden müssen. Verwaltung muss prüfen, bevor sie ermächtigt – und sich dabei auch selbst prüfen lassen.“

Relevanz:

1 PLANET

Der Fall Garzweiler bestätigt die methodische Grundlage der Eingabe NRW (Hambach):

Durch die Verbindung von § 13 VwVfG NRW mit Art. 20a GG wird eine präventive, verfassungsgeleitete Prüfung möglich, bevor irreversible Schäden entstehen.

Die geplante Einrichtung eines „Monitorings“ ersetzt keine Vorsorgeprüfung, sondern zeigt das strukturelle Defizit einer Selbstkontrolle durch den Vorhabenträger.

Ein unabhängiges Überwachungs- und Prüfverfahren müsste institutionell verankert werden, damit die staatliche Schutzpflicht nach Art. 20a GG tatsächlich gewährleistet ist.

Darüber hinaus bestehen enge hydrologische Verknüpfungen zwischen den Tagebauen Garzweiler und Hambach, da beide über eine gemeinsame Rheinwasserleitung geflutet werden sollen.



Damit entsteht ein zusammenhängendes System mit verfassungsrechtlich relevanten Wechselwirkungen, dessen ökologische Integrität nur gesamthaft geprüft werden kann.

Der Tagebau Inden, der über die Rur gefüllt werden soll, bildet in diesem Kontext die dritte Komponente eines landesweiten Wasser- und Landschaftsumbaus, der einer einheitlichen Vorsorgebewertung bedarf.

Damit wird deutlich, dass die Eingabe NRW (Hambach) **nicht nur auf Art. 20a GG**, sondern **zugleich auf Art. 191 Abs. 2 AEUV** fußt.

Sie aktiviert ein europarechtlich verankertes Vorsorgeprinzip, das bislang in Deutschland kaum praktisch angewandt wurde.

Sollte die Verwaltung auf dieser Grundlage tätig werden, wäre dies ein **Präzedenzfall – möglicherweise der erste dokumentierte Anwendungsfall des EU-Vorsorgegrundsatzes im Zusammenhang mit der Verfüllung von Tagebauen**.

Status: Resonanzphase II – Der Fall Garzweiler wird als Beispiel für die Grenzen behördlicher Selbstkontrolle und fehlender präventiver Prüfmechanismen dokumentiert.

1 PLANET

DOI-Bezug: (Hambach) DOI 10.5281/zenodo.174465271 – Eingabe gemäß § 13 VwVfG NRW / Art. 20a GG

Teil der Forschungsreihe Systemische Rechtsentwicklung (Bader 2025)

Mit freundlichen Grüßen

Hans Leo Bader

Koordination Verfassungsbeschwerde Loisach / Rechte der Natur Deutschland

Helmut Scheel

Mitglied Netzwerk Rechte der Natur e. V.

Sabina Rothe

Bürgerin

c/o Rechte der Natur – Das Volksbegehren
Heisenbergstraße 2b · 80937 München
info@dubistdieer.de